

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsschafft: Nachrichten Dresden.
Verlagsrechte - Sonnabendnummer: 25 241.
Kur für Nachdruckrechte: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. November 1925 bei 15g. zweimaliger Zustellung frei Haus 1.00 Mark.
Postbezugspreis für Montag November 3 Mark. Klassenummer 18 Dienstag.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einfachen 30 mm breite
Zeile 30 Pf., für ausmaß 35 Pf., Familienanzeigen und Schriftspfeile ohne
Rahmen 10 Pf., außerhalb 20 Pf., bis 50 mm breite Schriftspfeile 150 Pf.,
außerhalb 200 Pf., Überlängen 10 Pf. Zusatz. Aufdräge gegen Voranzeige.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 68/42.
Druck u. Verlag von Leipzig & Reichenbach in Dresden.
Postleitzahl 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Nachrichten") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hotel Bellevue

Nachmittag-Tee mit Konzert.
Mittag- und Abend-Tafel im
Terrassen-Saal an der Elbe.
bekannt vornehme Tafelmusik.
Festsäle und Konferenzräume.

Jeden Mittwoch Abend
Reunion

Die Reichstagsauflösung kaum vermeidbar!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion billigt den Entschluß des Fraktionsvorstandes.

Neuer Nalenwechsel zur Kölner Frage. — Zollkrieg zwischen Deutschland und Spanien. — Das Münchner Gutachten Oberst Jochims.

Das Ergebnis der Fraktionsbildung.

Berlin, 6. Nov. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Freitagabend in dreieinhalb Stunden Sitzung den Bericht des Vorstandes über die politische Lage entgegengenommen und ist zu dem Beschlusse gekommen, daß sie

die Haltung des Fraktionsvorstandes billigt.

In Bezug auf die Einberufung des Reichstags wird sich die Fraktion mit dem Reichstagspräsidenten Löbe in Verbindung setzen, von dem erwartet wird, daß er schon morgen, Sonnabend, zurückkehren könnte.

Der Beschlusse des Fraktionsvorstandes vom 28. Oktober ging bekanntlich dahin, daß sich durch den Austritt der deutsch-nationalen Minister aus dem Kabinett an der schweren Oppositionsstellung der Sozialdemokraten gegen die Regierung Luther nichts geändert hat. Die Sozialdemokraten, so hieß es in dem Beschlusse weiter, kann nicht daran denken, die Deutschen nationalen aus der Verantwortung zu entlassen, und in diesem Reichstag den Bericht von Locarno, in dem sie den großen Erfolg ihrer außenpolitischen Richtlinien erblickt, gegen die Stimmen der Deutschen nationalen zu ratifizieren. Sie sieht den geeigneten Weg zur Lösung der Krise in der Beiträgung des Volkes vermittelst der Auflösung des Reichstags.

Gegenüber anderslautenden Meldungen bestreiten die Sozialdemokraten, daß am Freitag Verhandlungen zwischen Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei stattgefunden haben.

Mit dem sozialdemokratischen Beschlusse, der nunmehr kaum noch überraschen konnte, ist die Reichstagsauflösung fast unvermeidlich geworden. Wieder einmal hat engstirnige Parteipolitik über die Forderungen der politischen Vernunft und des Verantwortungsbewußtseins gesiegt, wieder einmal soll das deutsche Volk in Wahlkämpfen geführt werden, deren leichter Sinn nach der Aussöhnung der Sozialen Friedenswegs in einem Votum des Volkes über Locarno liegt, sondern die nur dazu dienen sollen, die sozialen Meinungsverschiedenheiten zwischen den bisherigen Regierungsparteien zu vertiefen und eine reibungslose Reichsregierung auf lange Zeit unmöglich zu machen. Darum, nicht um die Annahme oder Ablehnung von Locarno, wird es gehen, wenn es der Sozialdemokratie gelingt, mit Hilfe der von Ihnen hartnäckig bekämpften Kommunisten die Reichstagsauflösung durchzudrücken. Es wird gut sein, auf diese Tatsache von vornherein das Hauptgewicht zu legen. Im Hinblick auf die Hoffnungen der Sozialisten ergibt sich die Parole, mit der die bürgerlichen Parteien in den Kampf ziehen werden, falls es unvermeidbar ist, ganz von selbst, sie kann nur helfen: Gemeinsame Front gegen diejenigen unserer Kriegsgegner, die den wirtschaftlichen Frieden nicht wollen. — gemeinsame Front aber ebenso gegen diejenigen im Lande, die den Frieden mit Vorbedingungen fordern. Das eine Partei die Auflösung des Parlaments fordert, obwohl dieses Parlament die Mehrheit für den von den Sozialen lehnsfähigen erhofften Locarno-Volksatz stellen könnte, zeigt die ganze hinterhältige Taktik der Sozialisten im hellsten Lichte. Es ist sehr zu wünschen, daß das Volk auf dieses Spiel, das mit ihm getrieben wird, eine Antwort geben wird, die Hörner und Zähne hat.

Der volksparteiliche Standpunkt in der Frage der Kabinettsumbildung.

Berlin, 6. Okt. In den Kreisen der Volkspartei hält man der Ansicht fest, daß die Frage der Kabinettsumbildung erst nach dem 1. Dezember behandelt werden könne.

Dr. Wirth zurückgekehrt.

Bremen, 6. Nov. Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth ist heute mittag auf dem Dampfer "Columbus" von seiner amerikanischen Amerikareise nach Deutschland zurückgekehrt. Mit ihm kamen von den 20 deutschen Delegierten, die an der Tagung der Interparlamentarischen Union in Washington teilgenommen hatten, sechs Damen und Herren zurück, darunter der frühere Reichsjustizminister Dr. E. Münzinger. Ein zweiter Teil der deutschen Delegation unter Führung des Reichstagspräsidenten Löbe kommt auf dem Dampfer "Deutschland" zurück, während ein dritter Teil unter Führung von Professor Süding auf dem Dampfer "München" bereits heimgekehrt ist.

Eine Rechtfertigung Dr. Stresemanns.

Berlin, 6. Nov. Vom Reichsaußenminister Dr. Stresemann geht uns folgende Erklärung zu:

Unlänglich eines Vortrags bei einem Presseempfang in Dresden sind in der "Berliner Börsenzeitung" Veröffentlichungen erschienen, denen gegenüber ich folgendes feststellen habe: Nach der "Berl. Börsenzeitung" hätte ich bei diesem Presseempfang über Äußerungen gesprochen, die der frühere Reichsminister Schiele in einer Sitzung des Kabinetts gemacht hätte, sowie über Vorgänge, die sich an seine Verabschiedung vom Kabinett geknüpft hätten. Tatsächlich habe ich in meinem Vortrag bei der Presse und in der anschließenden Diskussion, in der ich auf Anfrage aus Kreisen der Pressevertreter antwortete, den Namen des Herrn Reichsministers Schiele überhaupt nicht genannt.

Wenn Veröffentlichungen in einem Hamburger und einem Berliner Blatte mit mir in Zusammenhang gebracht werden, so darf ich darauf hinweisen, daß die Veröffentlichungen des Hamburger Blattes sich im Wortlaut an die Veröffentlichungen des "Berl. Börsenzeitung" anschließen, also aus denselben Quellen stammen dürften. Ich habe den Veröffentlichungen der beiden Blätter vollkommen fern und habe von ihnen überhaupt erst nach dem Erscheinen Kenntnis erhalten. Erst heute habe ich davon erfahren, daß die Veröffentlichung eines dieser Blätter, die sich auf eine Erklärung des Reichsministers Schiele in einer Kabinettssitzung bezieht, von dem Verfasser dieser Zuschrift an das betreffende Blatt auf eine mit mir gehabte Unterredung zurückgeführt wird. Da mit der Name des Verfassers nicht bekanntgegeben wurde, kann ich darüber eigene Behauptungen nicht machen.

Wenn ich in einer privaten Neuherfung davon gesprochen haben sollte, daß die deutschnationalen Minister ihre Zustimmung zu der Arbeit der Delegierten in Locarno ausgesprochen hätten, so ist diese Neuherfung wahrscheinlich hervorgegangen durch die Polemik, die sich an die Erklärung rechtsstehender Blätter über den seinerzeitigen Zwischenfall des Reichskanzlers im Auswärtigen Anschluß knüpft und die eine Zustimmung der deutschnationalen Mitglieder des Kabinetts zu dem gefassten Kabinettbeschuß in Abrede stellt oder diesen selbst nur als einen formellen Beschuß über die Verchristianung des Außenministers aufgesetzt wissen wollten.

Eine derartige private Neuherfung über den tatsächlichen Sachstand konnte übrigens von deutschnationaler Seite um so weniger angegriffen werden, als die "Deutschationale Korrespondenz" selbst die Veröffentlichung der Protokolle der Kammergesetzungen gefordert hat.

Ich muß mich aber entschieden dagegen verwahren, daß eine derartige private Neuherfung an die Presse, noch dazu in einer den Kaiserstand nicht entsprechenden Form weitergegeben wird. Bei Angriffen gegen den Minister Schiele böten im übrigen irgendwelche Mitteilungen über seine Stellungnahme überhaupt keinen Anlaß.

Herr Sydow, der bisherige Dresdner Korrespondent der "Berliner Börsenzeitung", legt auf die Feststellung Wert, daß er unmittelbar nach Bekanntgabe seines vertraulichen Berichtes in der "Börsenzeitung" und nicht erst nach Veröffentlichung der amtlichen Erklärung, seine Beziehungen zur "Börsenzeitung" gelöst hat.

Hindenburg — Deutschlands beste Propaganda.

Prag, 6. Nov. Das dem Außenministerium nahestehende Organ "Die Presse" beschreibt sich heute ausführlich mit der Siedlung Hindenburg als Präsident des Deutschen Reiches. Hindenburg, so schreibt das Blatt, dient, unbekümmert darum, daß aus dem Deutschen Reich eine Republik geworden ist, seinem Vaterlande so treu, wie er dem Kaiser Wilhelm gedient hat. Der alte Feldmarschall ist ein warmer und entschiedener Patriot. In seiner Seele ist er sicher Monarchist, aber er hat schon einmal bei der Abdankung Kaiser Wilhelms bewiesen, daß er den Staat über den Kaiser stellt. Hindenburg ist ein Instrument zur Festigung der Republik geworden.

Wie anders sah der Popanz aus, den uns die Demokraten an die Wand malten.

Die Regie in der Kölner Frage.

Einer der vielen hellhörigen demokratischen Herren der Politik bei Leib in der "Frank. Sta." schreibt, daß in Locarno das Herz des Weltfriedens zu schlagen begonnen habe. Er ist damit weit auffällender als alle seine Kollegen, die diesen Herausfall schon in Cannes, in Genua und vor allen Dingen bei der Dames-Konferenz in London wahrgenommen. Damals führte der Reichskanzler Marx den Neigen der Vertrauenswollen, indem er die Hoffnung ausdrückte, daß mit der Londoner Konferenz eine neue Epoche eingesetzt sei, in der die alten internationalen Probleme nicht mehr durch einseitige ultimative Entscheidungen und nicht mehr durch Mittel der Machtpolitik, sondern auf dem Wege des friedlichen Ausgleichs der Interessen gelöst werden würden". Die verächtliche Antwort der Entente kam mit dem schändlichen Vertragsbruch der Niederräumung Kölns, der atrociösen Kontrollspionage, der allgemein als Sohn empfundenen Entmilitarisierung und dem Anschlag gegen unsere Handelsflotte. Mit dem Friedensschluß war es also damals nichts. An den Weihnachtsblättern des vorjährigen Jahres, als sich der Kölner Vertragsbruch bereits deutlich abzeichnete, ließ sich Dr. Marx denn auch selbst vernehmen: „In Deutschland würde das Vertrauen auf die lokale Vertragserfüllung der Alliierten eine schwere Erschütterung erfahren und der Verlustung Platz machen, daß der große Preis, den wir mit der Übernahme der Räume aus dem Dawes-Gutachten gezahlt haben, vergleichbar geahnt worden sei.“ Nun, was ein echter Politik ist, läßt sich nicht entkräften. Aber es ist doch nicht ohne Wert, daß die damaligen Hoffnungen zu vergebenerwärthten, um die geschickte Regie der Entente zu erkennen, mit der eine Frage, die nichts ist als die Beseitigung eines Vertragsbruchs, die eine logische Auswirkung" der Dames-Konferenz und seit Jahresfrist bereits erledigt sein müssen, an der Hauptstruktur der Auswirkungen von Locarno" anstrengt werden soll. Und wenn jetzt vielleicht von deutscher Seite versucht wird, nach den ersten embrionalen Herausfällen des Weltfriedens in einer Nämung Kölns seine Geburtsstunde festzustellen, so wird man nicht umhin können, Schein und Wirklichkeit in der Weise von einander zu trennen, wie es eine reale politische Einstellung erfordert.

Der Trauerspruch der Reichstagskonferenz am Freitag bringt zunächst durch den nochmaligen Nalenwechsel eine neue unerhörte Verschleppung. Am übrigen kann man nicht daran zweifeln, daß ihr endgültiger Druck in der Richtung gehen wird, wie ihn die französische und englische Presse schon klar genug angekündigt hat. Man wird nach weiterem endlosen Hin und Her einen Termin für den Beginn einer sehr langsam Räumungsaktion ansehen, an den Kontrollmaßnahmen aber festhalten, bis die letzten Punkte der Entwaffnungsnote erfüllt sind. An sich besteht natürlich zwischen Köln und Locarno keinerlei Zusammenhang. Dr. Luther und Dr. Stresemann haben es keits in regelmäßigen Neuherfungen mit aller Deutlichkeit betont, daß wir ein Recht auf die Nämung Kölns haben, und daß die Nämung der ersten Zone niemals zu irgendeiner Art Tauschgeschäft oder Rückwirkung gemacht werden könne. Wenn trotzdem die Kölner Frage immer in einem Atem mit den sogenannten „Rückwirkungen“ von Locarno genannt wird, so wird das dadurch erklärlich, daß ihre bestreitende Wölfung natürlich die Voraussetzung irgendeiner deutschen Unterschrift sein muß, obwohl auch nicht verkannt werden kann, daß dadurch die Arbeit der Entente regelrecht erleichtert wird. Denn auch England und Frankreich haben es in der ganzen Sicherheitsdiskussion keits abgelehnt, Köln und den Westwall mit einander in Beziehung zu bringen, da die Nämung Kölns lediglich von der Erfüllung des rigorosen Entwaffnungsdiktats abhänge. Trotzdem soll uns jetzt die Nämung Kölns als Rückwirkung präsentiert werden, als eine große, verbindliche Geste Briands! Darauf zielt man in Paris ganz unverkennbar ab. Und was in all den Erörterungen über Köln vollständig untergeht, ist die Tatsache, daß wir, ganz abgesehen von den Kosten, die wir mit dem Dawes-Plan auf uns genommen haben, einen größten Kaufpreis für die Nämung im voraus bereits bar entrichtet haben. Die unzähligen Forderungen deutscher Entwaffnungsnote auf Niederschriften deutscher Wirtschaftswerte sind erfüllt. Die großen kostbaren Drehbänke und Maschinen bei Krupp, die, völlig auf Friedensproduktion umgestellt, der deutschen verarbeitenden Industrie wertvolles Material geliefert haben, und vernichtet, Hunderte von Maschinen in allen größeren